

Pressespiegel vom 04.01.2012

Sächsische Zeitung

Tillich für gemeinsame Aktion gegen Nazis

Von Gunnar Saft

Sachsens Ministerpräsident ruft erstmals zur bundesweiten Unterstützung der Proteste gegen die braunen Aufmärsche in Dresden auf. Straßenblockaden sollen dabei allerdings tabu bleiben.

Dresden. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) hat für die im kommenden Monat geplanten Anti-Nazi-Demonstrationen in Dresden erstmals bundesweit um Unterstützung geworben.

Bürger aus ganz Deutschland sollen demnach im Februar 2012 den Protest gegen die in der sächsischen Landeshauptstadt angekündigten Neonazi-Aufmärsche unterstützen. „Von Dresden muss ein Signal der Versöhnung und des Friedens ausgehen. In dieser Stadt ist kein Platz für Neonazis“, sagte der sächsische Regierungschef gegenüber der SZ.

Nachdem es in den Jahren zuvor wiederholt zum Streit über den Umfang und die Form des Widerstandes gegen die braunen Aufmärsche gekommen war, erklärte der CDU-Politiker zudem in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur dpa, dass es nun notwendig sei, „auch über Parteigrenzen ein Zeichen zu setzen“. Gleichzeitig betonte Tillich allerdings, dass es dabei das oberste Interesse aller Beteiligten sein müsse, dass die Proteste friedlich bleiben. Straßenblockaden lehnt er deshalb als ein ungeeignetes Mittel ab. In Sachsen war vor kurzem der erste Teilnehmer einer Blockade bei den Protesten vom Februar 2011 zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Weitere Verfahren laufen noch, darunter auch gegen sächsische Oppositionspolitiker.

Zusätzlich erhöht der Freistaat in diesem Jahr die Mittel für das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ auf drei Millionen Euro.

<http://www.sz->

[online.de/Nachrichten/Sachsen/Tillich_fuer_gemeinsame_Aktion_gegen_Nazis/articled-2953995](http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Tillich_fuer_gemeinsame_Aktion_gegen_Nazis/articled-2953995)

Richtung stimmt, Tempo noch nicht

Gunnar Saft über Tillichs Aufruf zum Anti-Nazi-Protest

Stellen wir uns einmal vor, im nächsten Monat trampeln wieder Nazihorden durch Dresden und nicht nur eine Stadt, nicht nur ein Bundesland, sondern auch Tausende aus Hamburg, Schwerin, Dortmund, Erfurt oder Freiburg angereiste Menschen sagen: Nein! Deutschland gemeinsam gegen Rechts. Ein solches Signal wäre eindrucksvoll und würde dem braunen Mob eine klare Grenze setzen.

Der Aufruf von Sachsens Ministerpräsidenten zum länderübergreifenden Anti-Nazi-Protest in Dresden gehört deshalb von jedem Demokraten unterstützt. Parteibücher und politischer Themenstreit müssen an diesem Tag einfach hintenanstehen. Auch

wenn es im Freistaat selbst natürlich viel zu lange gedauert hat, bis sich der Gedanke eines gemeinsamen aktiven Widerstands von links über liberal bis konservativ in den Köpfen der Verantwortlichen festgesetzt hat. Doch besser spät als nie.

Dafür muss man Tillich und Co. jetzt noch stärker in die Pflicht nehmen. Sein Bundesland hat im Kampf gegen rechtes Gedankengut weiterhin Nachholbedarf. Der Protest auf offener Straße und die Förderung von Demokratieprojekten können nicht alle Defizite beheben. In sächsischen Schulbüchern gehört künftig mehr Geschichtswissen vermittelt. In Fußballstadien ist Courage gefragt, wenn statt Torjubel braune Hassgesänge ertönen. Und im privaten Umfeld braucht es mehr Rückgrat für gefährliche Debatten, bei denen Hitlers neue Autobahnen gegen die „Sache mit den Lagern“ aufgewogen werden.

Regierungschef Tillich wird deshalb nachlegen müssen: Von der Aufarbeitung des Skandals um das Zwickauer Terror-Trio bis hin zu weiteren klaren Worten über die braunen Missstände im eigenen Land. Den Anfang hat er gemacht.

<http://www.sz->

[online.de/Nachrichten/Sachsen/Richtung_stimmt_Tempo_noch_nicht/articleid-2953802](http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Richtung_stimmt_Tempo_noch_nicht/articleid-2953802)

Dresdner Neueste Nachrichten

Ministerpräsident Tillich ruft Menschen zum Protest gegen Dresdner Neonazi-Aufmärsche auf

dpa / sl

Dresden. Der sächsische Regierungschef Stanislaw Tillich (CDU) hat Bürger aus ganz Deutschland zum friedlichen Protest gegen die Dresdner Neonazi-Aufmärsche im Februar aufgerufen. „Von Dresden soll ein Signal ausgehen, dass es in dieser Stadt keinen Platz für Neonazis gibt“, sagte er am Dienstag. Auch über Parteigrenzen hinaus gelte es, ein Zeichen zu setzen. „Es ist unser oberstes Interesse, dass die Proteste friedlich bleiben.“ Blockaden seien kein geeignetes Mittel. Proteste in Sicht- und Hörweite der Rechtsextremen sollten aber ermöglicht werden.

Der Jahrestag der Zerstörung Dresden am 13./14. Februar 1945 wird von Rechtsextremisten seit Jahren für politische Propaganda in eigener Sache missbraucht. Für diesen Februar wurden Aufzüge am 13. und 18. Februar angemeldet. Allerdings soll es in diesem Jahr am 18. Februar auch erstmals eine große Gegenkundgebung der demokratischen Parteien und Initiativen geben, was in den vergangenen Jahren stets gescheitert war. Streitpunkt sind auch in diesem Jahr die geplanten Blockaden des Bündnisses Dresden-Nazifrei, das bereits angekündigt, auch 2012 die Neonazis am Marschieren hindern zu wollen.

Am 19. Februar 2011 war es zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen, bei denen nach Polizeiangaben auch mehr als 100 Beamte verletzt worden waren. Rechts- und Linksextremisten gingen brutal auf Beamte los. Allerdings gab es auch heftige Kritik, zum Beispiel weil es der Polizei nicht gelang, einen Angriff von mehr als 100 Neonazis auf ein linkes Wohnprojekt in Dresden-Löbtau zu verhindern. Durch

die großflächige Überwachung von Handy-Daten sowie Prozesse gegen Blockierer sorgen die Vorfälle noch immer für juristische Aufregung.

Allerdings protestierten auch mehrere tausend Menschen friedlich. Wie schon 2010 konnten die Neonazis nicht durch die Stadt marschieren, weil zahlreiche Gegendemonstranten die Straßen blockierten.

Tillich erinnerte daran, dass die Rechtsextremen den 13. Februar schon seit den 90er Jahren für ihre Zwecke in Anspruch nehmen. „Die Bürgerschaft war nicht entschlossen genug, diesem Spuk von Anfang an ein Ende zu setzen. Jetzt stehen wir in der Pflicht, das zu tun - aber nur mit friedlichen Mitteln“, sagte der 52 Jahre alte Politiker. Die Bürger dürften Rechtsextremismus in keiner Weise tolerieren. Die massenhafte Teilnahme könne dazu beitragen, den Wunsch der Neonazis nach weiteren Demonstrationen in Dresden verschwinden zu lassen.

© DNN-Online, 03.01.2012, 09:32 Uhr

<http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail/-/specific/Ministerpraesident-Tillich-ruft-Menschen-zum-Protest-gegen-Dresdner-Neonazi-Aufmaersche-auf-2055027300>

Neonazi-Aufmarsch: Verärgerung über Tillich nach Protest-Aufruf

Dresden (dpa/DNN/I.P.). Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) hat gestern mit Äußerungen zu den Protesten gegen Nazi-Aufmärsche in Dresden bei der SPD für Verärgerung gesorgt. Von einem „Schlag ins Gesicht aller engagierten Menschen“ sprach die Vorsitzende der Dresdner Sozialdemokraten, die Landtagsabgeordnete Sabine Friedel.

Tillich hatten gegenüber der dpa gestern erneut zu Protesten gegen Neonazi-Aufmärsche im Februar in Dresden aufgerufen. „Von Dresden soll ein Signal ausgehen, dass es in dieser Stadt keinen Platz für Neonazis gibt“, sagte er gestern. Auch über Parteigrenzen hinaus gelte es, ein Zeichen zu setzen. „Es ist unser oberstes Interesse, dass die Proteste friedlich bleiben.“ Blockaden seien kein geeignetes Mittel. Proteste in Sicht- und Hörweite der Rechtsextremen sollten aber ermöglicht werden.

Friedel: Vorwurf „ungeheuerlich“

Der Jahrestag der Zerstörung Dresden am 13./14. Februar 1945 wird von Rechtsextremisten seit Jahren für politische Propaganda in eigener Sache missbraucht. Für diesen Februar wurden Aufzüge am 13. und 18. Februar angemeldet. Am 19. Februar 2011 kam es zu gewaltsamen Ausschreitungen, bei denen auch mehr als 100 Polizisten verletzt worden waren. Rechts- und Linksextremisten gingen brutal auf Beamte los. Wie schon im Vorjahr konnten Neonazis nicht durch die Stadt marschieren, weil Zehntausende Menschen die Straßen blockierten. Außerdem hatten viele Bürger eine Menschenkette gebildet.

Tillich erinnerte zudem daran, dass die Rechtsextremen dieses Datum schon seit den 90er Jahren für ihre Zwecke in Anspruch nehmen. „Die Bürgerschaft war nicht entschlossen genug, diesem Spuk von Anfang an ein Ende zu setzen. Jetzt stehen wir in der Pflicht, das zu tun – aber nur mit freidlichen Mitteln“, sagte der 52 Jahre alte Politiker.

Daran entzündete sich die Kritik der SPD-Abgeordneten Friedel. „Schon in den 90er Jahren haben Gewerkschaften, Vereine und Parteien zu Gegendemonstrationen mobilisiert und mit Veranstaltungen wie „GEH DENKEN“ tausende Menschen auf die Straßen gebracht. Es sei „Tillichs Partei – die CDU“ gewesen, die „sich dem Antinazi-Protest konsequent verweigerte“. Es hätte geheißen, man wolle nicht mit linken Kräften agieren, die Dresdner nur still gedenken wollen, man solle die Nazis einfach laufen lassen und wegschauen. Und dieser CDU-Ministerpräsident, dessen Partei alles Engagement jahrelang blockiert habe, „stellt sich heute hin und macht den Dresdnern einen Vorwurf, sie hätten nicht genug getan?“, zürnte Friedel und fügte hinzu: „Das ist ungeheuerlich.“

BILD, Ausgabe Dresden

Tillich ruft zum Protest gegen Neonazis auf

Dresden – Sachsens Regierungschef Stanislaw Tillich (52, CDU) ruft Bürger aus ganz Deutschland zum friedlichen Protest gegen die Dresdner Neonazi-Aufmärsche im Februar auf. Er sagt: „Von Dresden soll ein Signal ausgehen, dass es in dieser Stadt keinen Platz für Neonazis gibt!“ Auch über Parteigrenzen hinaus gelte es, ein Zeichen zu setzen. Eine Abfuhr erteilt er allerdings linksextremen Krwallmachern. Tillich: „Es ist unsere oberste Interesse, dass die Proteste friedlich bleiben. Blockaden sind kein geeignetes Mittel.“

Morgenpost, Ausgabe Dresden

Bürgerschaft war nicht entschlossen genug – 13. Februar: Tillich brüskiert Dresdner mit Demo-Aufruf

Prominente Unterstützung für die Anti-Nazi-Demo am 13. und 18. Februar: Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) ruft ganz Deutschland auf, an den friedlichen Protesten in Dresden teilzunehmen – und hat sich dabei prompt im Ton vergriffen.

„Von Dresden soll ein Signal ausgehen, dass es in dieser Stadt keinen Platz für Neonazis gibt“, so der MP. Tillich erinnerte im gleichen Atemzug daran, dass die Rechtsextremen dieses Datum schon seit den 90er Jahren für ihre Zwecke in Anspruch nehmen.

Und: „Die Bürgerschaft war nicht entschlossen genug, diesem Spuk von Anfang an ein Ende zu setzen. Jetzt stehen wir in der Pflicht, das zu tun“, mahnt Tillich. Die massenhafte Teilnahme könne beitragen, den Wunsch der Neonazis nach weiteren Demonstrationen in Dresden verschwinden zu lassen.

„Das ist beschämend und ein Schlag ins Gesicht aller engagierten Menschen“, so die Dresdner SPD-Vorsitzende Sabine Friedel. Schon in den 90er Jahren hätten Gewerkschaften, Vereine und Parteien zu Gegendemonstrationen mobilisiert.

„Es war Tillichs Partei – die CDU –, die sich dem Antinazi-Protest konsequent verweigerte. Man wolle nicht mit linken Kräften agieren. Und dieser CDU-Ministerpräsident stellt sich heute hin und macht den Dresdnern einen Vorwurf, sie hätten nicht genug getan? Das ist ungeheuerlich“, so Frau Friedel weiter.

Momentan laufen die Mobilisierungen für die Anti-Nazi-Proteste auf Hochtouren. Die AG 13. Februar plant für den 13. Februar ab 17 Uhr eine Menschenkette am Altmarkt. Eine Stunde später soll die Kette zwischen Augustusbrücke, Postplatz, Dr.-Külz-Ring, Carolabrücke und Königsufer geschlossen sein. Am 18. Februar wird in Sicht- und Hörweite der Nazis demonstriert.

Zu Blockaden aufgerufen hat hingegen das Bündnis Dresden Nazifrei. Den Unterstützer-Aufruf zu friedlichen Blockaden haben im Internet bereits 1000 Demonstranten und 200 Organisationen unterschrieben. **DiHe**
